

Minderheitenvotum der Fraktion DIE LINKE zum Zwischenbericht des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit

Die Fraktion DIE LINKE. hat die Einsetzung eines Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses zum Thema Zivile Krisenprävention von Beginn an aktiv unterstützt. Die letztendliche Benennung „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ haben wir jedoch abgelehnt, weil wir dem Konzept der „vernetzten Sicherheit“ ablehnend gegenüber stehen.

Wir können dem Zwischenbericht in seiner jetzt vorliegenden Form nur in Teilen zustimmen und geben deshalb ein Minderheitenvotum ab. Dies begründen wir wie folgt:

An den unter A) geschilderten Aktivitäten des Unterausschusses hat sich DIE LINKE. im Bundestag aktiv beteiligt und mit der Benennung von Themen und Sachverständigen sowie mit eigenen und interfraktionellen Anträgen die Inhalte der Debatten mitgestaltet. Diesen Teil des Zwischenberichts tragen wir daher mit.

Nicht zustimmen können wir dem Abschnitt B) in seiner Gesamtheit, weil er Bewertungen und Empfehlungen enthält, die wir in dieser Form grundlegend nicht teilen. Wir erkennen in dem Zwischenbericht und seinen Empfehlungen durchaus die Absicht, die Bedeutung Ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung für die deutsche Außenpolitik und die Wirksamkeit und Sichtbarkeit der vorhandenen Instrumentarien zu erhöhen. Einige der 20 Einzelempfehlungen teilen wir ausdrücklich, andere könnten wir mittragen, auch wenn wir an diesen Punkten weitergehende Forderungen erheben, etwa bezogen auf die Rolle der Zivilgesellschaft in Konflikten und den finanziellen Ausbau wichtiger Instrumente wie des Zivilen Friedensdienstes.

Es war unsere Absicht, einen möglichst von allen Fraktionen getragenen Zwischenbericht zu beschließen. Folglich haben wir nur an den für uns zentralen Punkten Änderungsanträge in den Unterausschuss eingebracht. Diese konnten leider keine Mehrheiten erzielen. Die folgenden Kritikpunkte sind aber zentrale Bestandteile des politischen Ansatzes der Linken.

Wir dokumentieren diese Punkte hier in Form eines Minderheitenvotums:

1. DIE LINKE. fordert als zentrale Maßnahme für die Nichteskalation und Vorbeugung von Konflikten, den Gewaltverzicht zur Grundlage deutscher Außenpolitik zu machen. Die Drohung mit Militäreinsätzen und gewaltsamer Intervention kann für uns kein Mittel der zivilen Krisenprävention sein, sondern trägt wesentlich zur Verschärfung von Konflikten bei. Deswegen ist aus unserer Sicht die NATO als Militärbündnis, das in seiner Strategie sämtliche militärischen Maßnahmen bis hin zum Ersteinsatz von Atomwaffen vorsieht, keine geeignete Plattform für ziviles Engagement in Krisenregionen. Den Aufbau ziviler Planungsfähigkeiten im Rahmen der NATO lehnt DIE LINKE. ab. Es ist daher unzureichend, nur auf eine Abstimmung der NATO-Aktivitäten mit anderen Akteuren zu bestehen. Die Ausweitung des NATO-Mandats auf zivile Fähigkeiten, wie es das strategische Konzept der NATO vorsieht, gefährdet die Eigenständigkeit ziviler Akteure und ist daher vollständig kontraproduktiv.

2. DIE LINKE. lehnt internationale Polizeieinsätze grundsätzlich ab, wo sie zur Unterstützung von Kriegseinsätzen wie in Afghanistan oder zur Stabilisierung autoritärer Regime wie in Saudi-Arabien dienen. In einer Empfehlung für zivil krisenpräventive Politik, wie sie in Abschnitt B) des Zwischenberichts vorgenommen werden soll, ist eine undifferenziert positive Bezugnahme auf Polizeieinsätze unserer Ansicht nach daher nicht sachgerecht. Zudem fehlt bei den Überlegungen zur Gewinnung von mehr polizeilichem Personal für Auslandseinsätze das Prinzip der Freiwilligkeit, das für uns hier oberste Priorität hat. DIE LINKE. befürchtet, dass ohne klare Grenzen Polizistinnen und Polizisten zu Lückenbüßern für Militäreinsätze werden, weil Polizeieinsätze politisch leichter durchzusetzen sind als Bundeswehreinsätze. Das lehnen wir als Missbrauch der Polizistinnen und Polizisten entschieden ab.

3. Im Bericht findet sich eine uneingeschränkt positive Bezugnahme auf die Neuorganisation der außen- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in den Zielländern, die die Bundesregierung unter Führung von Außenminister Westerwelle (FDP) und Entwicklungsminister Niebel (FDP) vorgenommen hat. Die Linke begrüßt grundsätzlich eine Stärkung der zivilpräventiven Kompetenzen des BMZ sowie eine bessere Koordination und klarere Aufgabenteilung zwischen den beiden Ministerien und ihren ausführenden Organen. Es bleibt aber die Besorgnis, dass die aktuell vorgenommenen Maßnahmen nicht in erster Linie diesen Zielen dienlich und stattdessen eher durch FDP-interne Personalentwicklung motiviert sind.

4. Der Zivile Friedensdienst (ZFD) findet in dem Zwischenbericht wie er vorliegt keine seiner Bedeutung angemessene Erwähnung. Erst kürzlich wurde er extern evaluiert und als „nützliches Instrument, das weitergeführt werden sollte“ beschrieben. Der Zwischenbericht bezieht sich aber nur unter dem Aspekt der Einsatznachsorge auf den Zivilen Friedensdienst. DIE LINKE. setzt sich auch weiter für einen kontinuierlichen Ausbau des Zivilen Friedensdienstes in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen und nichtstaatlichen Trägerorganisationen und für eine rasche und kontinuierliche Erhöhung der Mittel für den ZFD ein.

5. DIE LINKE. hält einen Nationalen Aktionsplan zur UN-Resolution 1325 für unabdingbar. Der großen Bedeutung der UN-Resolution 1325 und der Folgeresolutionen für Friedensprozesse können Lippenbekenntnisse nicht gerecht werden. Prüfstein für ein ernsthaftes Engagement für die Ziele der UN-Resolution 1325 ist die Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans, der vor allem die Partizipation von Frauen in Friedensprozessen stärkt. Diese Forderung fehlt im Zwischenbericht.

Berlin, im Januar 2012

Kathrin Vogler, Obfrau